

Katja Kipping

- (A) (Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Monika Lazar ist die nächste Rednerin für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Monika Lazar (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Frauen sind mehr wert.“ Dieses Credo haben sich mehrere europäische Länder auf die Fahnen geschrieben. In Norwegen müssen seit 2006 mindestens 40 Prozent der Sitze in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen von Frauen besetzt sein. Sanktionen bis hin zum Börsenentzug sind dabei vorgesehen. Auch in den Niederlanden gibt es eine Quotenregelung. In Belgien und in Österreich wird diese diskutiert, und in Frankreich hat eine entsprechende Initiative die erste parlamentarische Hürde genommen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung nimmt sich an diesen Ländern kein Beispiel, obwohl sie nicht zu den politisch weit links stehenden gehören.

Die **Führungspositionen in der deutschen Privatwirtschaft** sind nach wie vor fest in Männerhand. Das gilt auch für die Aufsichtsräte. In den 200 größten deutschen Unternehmen liegt der Frauenanteil bei unter 10 Prozent. Den größten Teil hiervon stellen dann auch noch die Arbeitnehmervertretungen. Die Vereinbarung von 2001 zwischen der rot-grünen Bundesregierung und den Arbeitgeberverbänden ist de facto gescheitert. Hiermit sollte die Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft gefördert werden. Passiert ist leider nichts. Das müssen wir wirklich schmerzhaft zur Kenntnis nehmen. Aber daraus lernen wir: Es ist Zeit für verbindliche Regelungen nach einem festen Zeitplan.

Frau Ministerin Schröder hat ja von der Quote als Brechstange gesprochen. Wenn wir das Wort schon gebrauchen wollen, kann ich nur sagen: Manch einer merkt es vielleicht nicht ohne Brechstange. Wahrscheinlich ist jetzt die Zeit der Brechstange da.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Doch Union und FDP setzen weiterhin auf ein lahmes Pferd und halten unbeirrt an freiwilligen Selbstverpflichtungen fest. Der vorgesehene Stufenplan ist unverbindlich, beinhaltet keine festen Zeitvorgaben und sieht vor allem auch keine Sanktionen vor. Das ist nur Säbelraseln mit stumpfen Waffen. Das spiegelt sich auch im Antrag der Koalition zu diesem Tagesordnungspunkt wider. Der Forderungsteil ist wachweich und beinhaltet keine konkreten Maßnahmen. Für einen Antrag einer Regierungskoalition ist das wirklich peinlich; denn Sie sind doch jetzt an der Regierung und könnten das umsetzen, statt Prüfaufträge zu erteilen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD – Elke Ferner [SPD]: Oberpeinlich!)

Bündnis 90/Die Grünen fordern dagegen eine generelle Änderung des Aktiengesetzes. Wir wollen eine um-

fassende Modernisierung der Unternehmensführung und -kontrolle. Frauen sollen zu mindestens 40 Prozent in den Aufsichtsräten vertreten sein. Ziel ist eine paritätische Besetzung. Ähnliches fordert auch die SPD. Es ist allerdings wirklich traurig – das wurde ja vorhin auch schon angesprochen –, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in den Jahren, als Sie an der Regierung waren – Sie waren ja noch mehr Jahre als wir an der Regierung –, nichts davon umgesetzt haben.

(Elke Ferner [SPD]: Wir haben Schwierigkeiten gehabt mit unseren Koalitionspartnern! Das war auch mit Ihnen nicht ganz leicht!)

– Das gebe ich natürlich zurück. Es gab jemanden, der hieß Schröder, war männlich und hat sich in der Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht mit Ruhm bekleckert.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Ulla Burchardt [SPD])

Der Antrag der Linksfraktion spiegelt leider nur allgemeine Forderungen wider. Es ist richtig, Mindestlöhne und auch Verbesserungen bei den Minijobs, also in den unteren Bereichen, zu fordern. Da sind wir uns einig, auch wenn gewisse Differenzen bleiben. Allerdings habe ich in Ihrem Antrag Forderungen nach Veränderungen auch in den Führungsetagen vermisst. So etwas hätte ich mir gewünscht.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Machen wir in einem anderen Antrag!)

– Dann machen Sie den anderen Antrag. Darauf warten wir.

(Dr. Dagmar Enkelmann [DIE LINKE]: Nein, der liegt vor!)

Ich denke, wir müssen neben Absicherung in den unteren Etagen auch dafür sorgen, dass sich etwas in den Führungsetagen ändert. Diese müssen endlich weiblicher werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die Diskriminierung von Frauen hat viele Verliererinnen und Verlierer. Sie schadet den Unternehmen, der Wirtschaft und unserer Demokratie. In einer Pressemitteilung des Deutschen Juristinnenbundes wurde das auf den Punkt gebracht. Darin heißt es,

dass die Performance von Unternehmen, die Diversity leben, um vieles besser ist. Daher liegt die Erhöhung des Frauenanteils unmittelbar im Unternehmensinteresse.

Wir sollten es nicht länger hinnehmen, dass Bildungsinvestitionen vergeudet werden, dass auf kreative Potenziale verzichtet wird und die Chancen auf eine neue Dynamik im Arbeitsmarkt verschlafen werden.

Zum Schluss noch ein kleiner Hinweis auf den **Lohnunterschied**, der, wie ja schon angesprochen wurde, bundesweit 23 Prozent beträgt. In Ostdeutschland ist dieser Unterschied geringer. Ein Grund ist unter anderem, dass Männer dort weniger verdienen. Mir fallen

Monika Lazar

- (A) auch bundesweit einige Männer in Führungspositionen ein, die weniger verdient hätten. Vielleicht ist das ja auch ein Weg.

Vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nun erhält der Kollege Philipp Mißfelder für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Philipp Mißfelder (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich bei unserer eigenen Fraktion, bei den Kolleginnen und Kollegen aus der AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend, besonders bedanken,

(Ulla Burchardt [SPD]: Das scheint er nötig zu haben!)

dass ich als einziger Mann in dieser Debatte sprechen darf.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zurufe von der SPD)

Auch das zeigt, wie wichtig uns dieses Thema ist.

- (B) Mein Kollege Gauweiler gab mir gerade noch mit auf den Weg – ich glaube, das macht den Kontrast zu unserer Politik sehr deutlich –,

(Zurufe von der SPD)

an die engagierten „Feministen“ Schröder und Fischer zu erinnern. Sie haben gerade Gerhard Schröder erwähnt; aber Joschka Fischer stand ihm, glaube ich, in nichts nach.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Frau Schröder war gemeint!)

Aufgrund der Bandbreite, in der wir in unserer Fraktion den Internationalen Frauentag sehen, möchten wir deutlich machen, dass es uns nicht nur darum geht, dass wir heute über die Mängel diskutieren, die sicherlich auch in unserer Gesellschaft vorhanden sind. Ich sage nicht, dass all das, was Sie angesprochen haben, unberechtigt ist. Aber ich glaube, dass es an einem solchen Tag – bei einer Debatte zur Kernzeit ist es besonders wichtig, dass wir breit darüber diskutieren – auch wichtig ist, den internationalen Aspekt – als außenpolitischer Sprecher bin ich froh darüber, dass ich sprechen darf –

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ach so!)

in die Debatte hineinzubringen. Ich glaube, dass es einen inneren Zusammenhang zwischen Emanzipation, der Verwirklichung von Frauenrechten und der Implementierung des Friedens in der Gesellschaft gibt. Das ist der Grund dafür, warum es heute nicht nur um die Frauen-

politik weltweit geht, sondern auch um die Friedenspolitik. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, ich stimme Frau Kipping zu, wenn sie sagt, dass von der Frauenbewegung in den vergangenen 100 Jahren sehr viel erkämpft worden ist. Man sollte sich einmal vor Augen führen: Wenn Clara Zetkin vor fast genau 100 Jahren auf der Internationalen Frauenkonferenz in Kopenhagen die Einführung eines Frauentages gefordert hat, dann hat sie das nicht getan, um einen Frauentag als Institution, als Selbstzweck zu schaffen, sondern hat damit auch konkrete politische Forderungen und deren Umsetzung verbunden. Dank der Frauenbewegung und dank der Emanzipation in Deutschland sind auf diesem Gebiet über Jahrzehnte hin Erfolge zu verzeichnen. Deshalb möchte ich allen Frauen, die sich hierfür engagiert haben, herzlich danken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP – Elke Ferner [SPD]: Da sind Sie ein Stück weiter als Ihre Kollegen! Der einzige Feminist in der CDU!)

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig zu sehen, wo Deutschland international Verantwortung trägt, wo wir uns mit dem wichtigen Anliegen der Emanzipation, der Gleichstellung einbringen können. Die UNO hat sich vor zehn Jahren mit der Resolution 1325 besonders für die Frauenrechte eingesetzt. Unsere Kollegin Müller, die kürzlich mit unserem UN-Botschafter Wittig gesprochen hat, hat mich gerade darauf hingewiesen, dass Deutschland zurzeit versucht, in der UNO an dieser Stelle neue Impulse zu setzen, indem unser Botschafter dort eine besondere Arbeitsgruppe leiten wird. Ich sage ganz klar, dass sich unsere Außenpolitik auch an Werten orientieren muss. Ein ganz wichtiger Wert ist die Verwirklichung der Rechte von Frauen und Mädchen. Wenn es darum geht, in der Welt internationale Verantwortung zu zeigen, dann ist das für uns ein ganz wichtiger Punkt. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Dieser Weg ist bei weitem noch nicht zu Ende. Aber ich möchte auch auf die Erfolge hinweisen, die erreicht worden sind. Ich nenne das Beispiel **Afghanistan**. Bevor die Taliban 1996 in Kabul einmarschiert sind und danach den Besuch der Universität verboten haben, gab es knapp 10 000 Studenten, davon 40 Prozent Frauen. Während der Herrschaft der Taliban gab es in Afghanistan keine einzige Frau an den Universitäten. Wenn wir uns anschauen, was sich in dieser Gesellschaft heute verändert hat, dann sehen wir – das ist ein ganz wichtiger Punkt –, dass zu einer Friedenspolitik und zum Aufbau einer Zivilgesellschaft selbstverständlich gehört, dass Frauen Zugang zu Universitäten und zu Schulen überhaupt bekommen. Deshalb ist es richtig, auch in dieser Debatte darauf hinzuweisen, dass von heute 34 000 Studierenden in Afghanistan 7 000 Frauen sind. Das ist noch zu wenig; das kann noch mehr werden. Aber wir sind dort auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)